

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

4.3.1930 (No. 54)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Redaktion:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlruhe
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlruhe

Bezugspreis: Monatlich 8,50 RM, einjährig 95 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Zeile. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduziert. Abdruck der Artikel, die als Redaktionsgut gelten, ist ohne Rücksicht auf den Inhalt vorbehalten. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Meldungen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Richtigkeit der Meldungen.

Um das Notopfer Weitere Verhandlungen

Aus der Tatsache, daß die Beratung des Reichskabinetts am Montag vertagt und heute fortgesetzt werden soll, glaubt die „Voss. Zig.“ mit einiger Sicherheit folgendes schließen zu können:

Der Gedanke des Notopfers der Festbesetzten wird möglicherweise zurückgestellt. Die Kredite für die Arbeitslosenversicherung müßten dann im Etat 1930 gesichert werden. Der Reichsfinanzminister soll heute einen neuen Vorschlag ausarbeiten, wie der Fehlbetrag im Etat 1930 gedeckt werden kann und ein Steuererlassungsprogramm für 1931 vorlegen.

Etwas Ähnliches kommt, allerdings etwas zurückhaltender in der „Germania“ zum Ausdruck. Das Zentrumblatt schreibt: Aus diesem Umstände (nämlich der Fortsetzung der Kabinettsberatungen) ist zu entnehmen, daß gegenwärtig noch irgendwelche Vorschläge ernstlich zur Erörterung stehen und weiter verfolgt werden, die eine tragbare Lösung für alle Beteiligten darstellen könnten. Wie es heißt, hat auch der demokratische Vorschlag im Kabinett eine gewisse Rolle gespielt.

Reichsfinanzminister Dr. Wolffenbauer hat, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, am Montag mit volksparteilichen Politikern verhandelt. Nach Ansicht des Blattes mehren sich neuerdings die Anzeichen dafür, daß gerade führende wirtschaftliche Kreise, die der Volkspartei nahesteht, ihren Einfluß dafür in die Waagschale werfen, daß die Volkspartei nicht alle Möglichkeiten zur Verhängung verbaute. Die Hoffnung auf eine Verständigung sei jedenfalls nach wie vor vorhanden.

Der „Vorwärts“ und auch andere Blätter sind der Meinung, daß aller Voraussicht nach auch der heutige Dienstag noch keine Entscheidung bringen wird. Diese dürfte vielmehr erst für den Mittwoch zu erwarten sein. Schon daraus ergebe sich, daß sich alle Teile des Kabinetts des ungeheuren Ernstes der Situation bewußt sind, und daß ein Beschluß, der auf einen Zusammenbruch der bisherigen Regierungspolitik hinausläuft, nicht leichten Herzens gefaßt werden dürfte. Für die Sozialdemokratische Partei kann sich, so bemerkt das sozialdemokratische Zentralorgan, die Möglichkeit ergeben, die Führerrolle, die ihr in der Koalition dank ihrer Stärke zukommt, noch etwas mehr als bisher zu betonen. Ruß an das Zentrum der Appell gerichtet werden, daß es die Erledigung der Youngsachen unter allen Umständen zulasse, so muß ebenso auch von der Volkspartei gefordert werden, daß sie sich von dem Druck der hinter ihr stehenden Wirtschaftskreise befreit und dem Gedanken eines Opfers der Besitzenden Rechnung trägt.

Severing gegen Putschpanik Der Ernst des Arbeitslosenproblems

Bei einer großen Kundgebung anlässlich des 50jährigen Jubiläum der Vereinigung für Polizeiwissenschaftliche Fortbildung, die Montagabend unter Anwesenheit von zahlreichen hohen Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden, in Berlin stattfand, hielt Reichsinnenminister Severing eine Rede, in der er auf zahlreiche aktuelle Fragen programmatisch eingieng.

Wir befinden uns augenblicklich, so führte Severing nach einem Bericht der „Voss. Zig.“ aus, auf einer bedeutenden Station des Leidensweges den das deutsche Volk in der Nachkriegszeit durchschreiten muß. Die 2 1/2 Millionen Arbeitslosen und die 1 Million Ausgesteuerten sind nicht allein eine Folge der Rationalisierung. Deshalb ist die Arbeitslosigkeit sehr viel ernster zu bewerten, als es heute noch vielfach geschieht. Je mehr die Kapitalen von links und rechts schreien, desto weniger werden sie tun. Aber die geheimen Vorbereitungen zu Putschen, wie sie die Nationalsozialisten jetzt zu beginnen scheinen, können wir unter keinen Umständen dulden. Die Nationalsozialisten sind im Augenblick eine ernsthafte Gefahr als die Kommunisten.

Die starken Vermögensverschiebungen ins Ausland und besonders in die Schweiz sind nicht nur eine Flucht vor hohen Steuern, sondern die Sorge, daß durch Putsch die Existenz der wirtschaftlichen Unternehmungen in Frage gestellt wird. Deshalb muß die Polizei mit aller Energie gegen derartige Zustände eingreifen. — Augenblicklich, so führte der Minister weiter aus, bestehe Aussicht, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich bald bessern. Infolgedessen müsse man gerade jetzt die Herzen behalten.

Severing sprach sich energisch für eine einmalige Veranschlagung der großen Vermögen aus. Der Vorsitzende der preussischen Polizeibeamtenvereinigung habe ihm ebenso wie eine Anzahl von anderen Beamtenführern erklärt, daß ein Notopfer, auch wenn es die Polizeibeamtenschaft treffen würde, bei der Polizei populär sei (Starker Beifall). Der Minister dankte den Beamtenführern und den Beamten für ihre Stellungnahme, die um so notwendiger sei, als sonst unter Umständen die ungeheure Gefahr einer Einbehaftung von Gehaltsanteilen der Beamten am Monatsende entstehen würde.

Zur Reichsreform erklärte der Minister, wenn wir die Reichsreform überstürzt durchführen wollten, so würde das Resultat sein, daß die Parlamente unserem Vorgehen die Ratifizierung verweigern würden, wodurch wir weiter zurückgeworfen würden, als wir es bisher schon sind. Wir haben kein Interesse an einem Einheitsstaat, der so schwach ist, daß er von einem Reichspräsidenten im Schach gehalten werden kann. Aber die Reichsreform ist unbedingt notwendig, und wir werden mit aller Energie an ihrer Verwirklichung arbeiten.

Reichsaußenminister Dr. Curtius ist, wie aus Berlin gemeldet wird, weiter durch eine Erklärung aus Zimmer gefesselt und kann den politischen Beratungen nicht beiwohnen.

Letzte Nachrichten

Die Bemühungen um ein Finanzkompromiß Heute nachmittag Kabinettsitzung

Fr. Berlin, 4. März (Priv.-Tel.) Reichsfinanzminister Dr. Wolffenbauer setzt seine Bemühungen um einen Ausweg aus den Schwierigkeiten der Staatsdeckung fort, und zwar verhandelte er, nachdem gestern das Reichsministerium unter sich die noch möglichen Pläne beraten hatte, heute vormittag mit seinen Parteifreunden. Der Schlüssel zur Lage liegt auch weiterhin in den Händen der Deutschen Volkspartei, die heute vormittag zu einer Fraktionsitzung zusammentrat. Es handelt sich jetzt darum, dem Notopfer eine Form zu geben, die es auch der Deutschen Volkspartei möglich macht, zuzustimmen.

Heute nachmittag 4 Uhr tritt das Reichskabinett zusammen. Es wird aber nicht angenommen, daß bis dahin bereits eine Einigung möglich ist. Vielmehr dürfte das Kabinett die Entscheidung noch einmal auf morgen vertagen. In parlamentarischen Kreisen wird die Situation jetzt optimistischer beurteilt.

Die Saarverhandlungen

WB. Paris, 4. März. (Tel.) Die Morgenpresse berichtet, daß in dem morgigen Ministerrat der Minister für öffentliche Arbeiten, Fernot, den Auftrag erhalten werde, die Saarverhandlungen mit der deutschen Delegation fortzusetzen.

Die Monroe doktrin

Neue offizielle Interpretation

WB. Washington, 4. März (Tel.) Das Staatsdepartement veröffentlicht ein bisher geheim gehaltenes, aus dem Dezember 1928 stammendes Gutachten über die Monroe doktrin, das von dem früheren Unterstaatssekretär Clark, der gegenwärtig der Volkspartei in Mexiko zugeteilt ist, anlässlich der Besetzung Nicaraguas auf Verlangen des Senates verfaßt wurde.

Nach einer Übersicht über die bekannten unter der Bezeichnung Monroe doktrin zusammengefaßten politischen Grundzüge betont das Gutachten, daß diese Grundzüge natürlich auch auf aggressive Handlungen nichteuropäischer Staaten gegen Staaten Amerikas anwendbar seien. Im übrigen berühre die Monroe doktrin die Beziehungen der USA und der anderen amerikanischen Nationen nur insoweit, als Angriffe nichtamerikanischer Staaten auf amerikanische Staaten nicht in Frage kommen. Diese Interpretation Clarks wird als Verzicht auf die sog. Roosevelt'schen Erweiterungen der Monroe doktrin, die zur Zeit der Panamanakanalperiode vorgenommen wurden, aufgefaßt.

Der Reichtum der Schweizer Wasserkräfte Vollständige Unabhängigkeit vom Ausland

Der Sekretär des Schweizerischen Wasserwirtschaftsverbandes, Ingenieur A. Sarr, vorbereitet sich in der „Neuen Zürcher Zeitung“ über „Zukunftsaussichten der schweizerischen Wasser- und Elektrizitätswirtschaft“.

Im Jahre 1930 erreicht die schweizerische Wasser- und Elektrizitätswirtschaft eine 50jährige Entwicklung. Für die Zukunft wird sich, zusammenfassend betrachtet, diese voraussichtlich wie folgt entwickeln: „Hält die gegenwärtige Zunahme des Absatzes unserer Elektrizitätswerte an, dann sind die ausbaufähigen Wasserkräfte Mitte dieses Jahrhunderts zur Hauptsache voll ausgenutzt. Sie reichen aus, um alle Bedürfnisse unseres Landes für Licht, Kraft und kleine Wärmeanwendungen (elektrische Küche, Heizwassererzeugung, Übergangsheizung usw.) in Haushalt, Gewerbe, Industrie, Landwirtschaft und Verkehr zu decken. Es sind dann immer noch bedeutende Mengen nicht konstanter Energie, namentlich Sommerenergie, für den Export verfügbar. Ein die mögliche Eigenproduktion übersteigender Energiebedarf der Wintermonate für diese Bedürfnisse kann durch Energieaustausch mit dem Ausland gedeckt werden (Import gegen Export).“

Für die Raumheizung im Winter und den industriellen und gewerblichen Großverbrauch von Wärme ist die Schweiz auch in Zukunft auf das Ausland angewiesen. Dieser Bedarf wird zweckmäßig gedeckt durch die Einfuhr von Kohle, Öl und durch Kohle. Diese wird im Inland in übermässigen Zentren verfeuert, die zur Hauptsache in den Wintermonaten arbeiten, ihre erzeugte elektrische Energie ins allgemeine Verteilnetz abgeben und die Abwärme für die Raumheizung und Großverbrauch von Wärme verwenden.“

Die juristische Vorbildung. Im Reichsjustizministerium hielt am Montag der aus Vertretern der beteiligten Reichsressorts und der Länderregierungen bestehende Ausschuss zur Vorbereitung einer Vereinbarung über die juristische Vorbildung einer Sitzung. Nach dem Ergebnis der Beratungen, bei denen sich eine weitgehende Übereinstimmung der Auffassungen ergab, kann mit dem Zustandekommen einer Vereinbarung der Länder gerechnet werden.

Befreiungsfeier am 6. Juli. Die Befreiungsfeier des besetzten Gebiets soll am 6. Juli in Mainz stattfinden.

Die deutsch-österreichische Strafrechtskonferenz ist in Wien wieder zusammengetreten.

Abbau der kommunalen Aufgaben

Ein Beitrag zum Thema Selbstverwaltung
Von Dr. Otto Roth

Der Vorwurf, daß die kommunale Verwaltung in Deutschland zu kostspielig arbeitet, ist oft erhoben und ebenso oft zu widerlegen versucht worden. Man wird sich über diesen Punkt wohl kaum einigen können, denn je nachdem, von welchem Standpunkt man ausgeht, wird man die Aufwendungen, die die Gemeinden heute machen zu müssen glauben, ganz verschieden beurteilen. Was dem einen als überflüssig, ja sogar als Verschwendung erscheint, wird der andere für unumgänglich notwendig zur Erfüllung der kommunalen Aufgaben halten. Die Ursache dieses Widerspruchs liegt wohl vor allem darin, daß die kommunalen Aufgaben gerade in einer Zeit härtester finanzieller Not der Gesamtheit eine starke Ausweitung erfahren haben. Man wird es nicht verkennen dürfen, daß die deutschen Gemeinden auf dem Gebiete des Schulwesens, des Fürsorgewesens, der Gesundheitspflege usw. heute Leistungen aufzuweisen haben, die in der ganzen Welt anerkannt und gerühmt werden. Aber eine andere Frage ist natürlich, ob diese Leistungen nicht hier schon sehr erheblich über die finanzielle Kraft der Steuerzahler hinausgehen. Der Staat sowohl wie die Gemeinden müssen sich in Notzeiten den geschwächten Kräften des Volkes anpassen. Wenn die Gesamtheit Not leidet, so kann nicht ein Teil der öffentlichen Verwaltung Leistungen zu erreichen sich bemühen, die in früheren Glanzzeiten bergänglich erstrebt worden sind.

Es kommt noch hinzu, daß die kommunale Verwaltung ja heute nicht mehr einen kleinen, finanziell leicht zu tragenden Teil der Gesamtaufwendungen des deutschen Volkes erfordert, weil sie sich eben nach allen Seiten hin in früher kaum geahnter Weise ausgebreitet hat. Der Frankfurter Stadtrat Dr. Alfred Schumde hat kürzlich in einem viel beachteten Buche „Revision der Stadtwirtschaft“ gezeigt, wie sehr die kommunale Verwaltung heute über den Aufgabenkreis, den sie noch vor wenigen Jahrzehnten sich gestellt hatte, hinausgewachsen ist. Dem Verwaltungskörper der Städte mit seiner reinen Behördenorganisation ist längst ein Wirtschaftskörper an die Seite getreten, der nach ganz anderen Grundsätzen als eine reine Verwaltungsorganisation geleitet werden muß. Dr. Schumde fordert mit Recht, daß diese kommunale Erwerbs- und Versorgungswirtschaft sich in ihren Grundsätzen und Methoden der Verwaltung privatwirtschaftlicher Unternehmungen weitgehend anpassen müsse. Aber mag man die Notwendigkeit dieser Stadtwirtschaft auch grundsätzlich bejahen und darum bemüht sein, sie nach den Grundsätzen privater Unternehmungen so rationell wie möglich zu gestalten, so wird man in einer Zeit der größten Not des Gesamtvolkes auch nicht an der Prüfung der Frage vorbeigehen können, ob man sich bei der Ausdehnung der kommunalen Aufgaben auch wirklich genügend Selbstbeschränkung auferlegt hat.

Das gilt natürlich am meisten für die Großstädte. Wenn es richtig ist, was kürzlich der preussische Landtagsabgeordnete Meventhin behauptet hat, daß im Dienste der Stadt Berlin mehr als 128 000 Personen stehen, also ungefähr ebenso viele, wie der gesamte preussische Staat im Jahre 1913 an Beamten, Angestellten und Arbeitern beschäftigte, so scheinen hier in der Tat die Grenzen des Notwendigen und des finanziell Erträglichen überschritten zu sein. Nach der gleichen Quelle besitzt die Stadt Berlin zur Zeit 252 wirtschaftliche Betriebe, von denen 86 städtische Gesellschaften sind (vier davon sollen allerdings inzwischen unter Hinterlassung großer Fehlbeträge wieder eingegangen sein). In diesen städtischen Gesellschaften aber ist allein ein Heer von 44 000 Menschen beschäftigt. Eine so umfangreiche wirtschaftliche Betätigung einer Kommunalverwaltung ist zweifellos ungesund, schon deswegen, weil es einfach unmöglich ist, eine solche Zahl von ganz großen Wirtschaftsbetrieben von einer Stelle aus zu übersehen und zu kontrollieren. Was von Berlin gilt, das muß in gleichem Maße auch von anderen Großgemeinden gesagt werden. Es ist unmöglich, daß die oberste Spitze einer Stadtverwaltung die volle Verantwortung für das richtige und gute Funktionieren eines derart ausgebreiteten Wirtschaftsansatzes übernehmen kann. Wo aber Verantwortung und Aufsicht fehlt, da werden Mißstände nicht ausbleiben.

Wie aber steht es hiermit in den Mittel- und Kleinstädten? Nach dem Vorbilde der Großstädte hat man auch hier aus dem begreiflichen Ehrgeiz heraus, es anderen gleich zu tun, und auf möglichst große Leistungen hinweisen zu können, eine große Zahl von Wirtschaftsbetrieben geschaffen, deren Aufsichtszug und Kontrolle den städtischen Verwaltungen gleichfalls Aufgaben stellt, denen sie nicht gewachsen sein können. Mögen diese Betriebe und Einrichtungen auch in den kleineren Städten übersichtlicher, und daher leichter zu leiten wie zu kontrollieren sein, so steht dem auf der anderen Seite die Tatsache gegenüber, daß hier auch die Verwaltungen kleiner sind und häufig sogar überhaupt nicht über eine genügende Zahl von beruflich in der kommunalen Verwaltung tätigen Kräften verfügen. Bestand doch früher mit Recht der Ehrgeiz der Bürger darin, einen möglichst großen Teil der kommunalen Verwaltung mit ehrenamtlich tätigen Kräften zu bewältigen. Das entspricht auch durchaus dem Sinn der Städteverfassung. Wenn man allerdings von dem heutigen übermäßig gesteigerten Umfang der kommunalen Verwaltungsaufgaben ausgeht, so ist es zweifellos richtig, daß bei der Schaffung der alten Städteordnungen niemand an eine derartige Ausdehnung der Selbstverwaltungsgliederung und der Selbstverwaltungstätigkeit gedacht hat und denken konnte. Dr. Schumde hat deshalb von seinem Standpunkte aus vollkommen recht, wenn er eine fortlaufende Beaufsichtigung der

Mit der Beilage: 28. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

städtischen Betriebe und Verwaltungen durch unabhängige Kontrollorgane fordert. Aber auf der anderen Seite darf man natürlich nicht verkennen, daß diese Forderung nichts Geringeres als den Aufbau eines besonderen Kontrollapparates neben der kommunalen Behördenorganisation bedeutet, und daß die Unterhaltung einer derartigen umfangreichen Revisionsstätigkeit den Gemeinden neue, sehr beträchtliche Kosten auferlegen würde.

Man sollte daher überall in den Großstädten, wie auch ganz besonders in den Kleinst- und Mittelgemeinden, die Dinge nicht von dieser, sondern vielmehr von der entgegengesetzten Seite her anpacken. Wenn erwiesen ist und allgemeine Übereinstimmung darüber besteht, daß selbst die heutige, für die Steuerzahler schon viel zu kostspielige kommunale Verwaltung nicht ausreicht, um den in übermäßiger und ungefunter Weise angeschwollenen Körper der kommunalen Betriebe und Wirtschaftsunternehmungen in zuberlässiger Weise zu kontrollieren, so sollte daraus nicht gefolgert werden, daß nun noch eine neue, von den Behörden unabhängige Kontrollorganisation geschaffen werden muß. Man muß vielmehr im Gegenteil in einer Zeit allgemeiner, von der Not erzwungener Rationalisierung versuchen, den Umfang der kommunalen Verwaltung den vorhandenen Revisionsmöglichkeiten wieder anzupassen. Das bedeutet, daß man die seit 1913 geschaffenen zahlreichen neuen Wirtschaftskörper eben wieder abbauen muß, soweit sie nicht inzwischen unentbehrlich geworden sind oder soweit sie nicht durch ihre Wirtschaftlichkeit die eigene Existenzberechtigung erwiesen haben. Man legt den Wert und die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung keineswegs dadurch herab, daß man sie wieder auf ein gesundes und mit der finanziellen Tragkraft der Steuerzahler vereinbartes Maß verkleinert. Aber man macht die kommunale Verwaltungsmaschine dadurch, daß man sie entlastet, wieder leistungsfähig.

Das Bildergeschäft der Bank für deutsche Beamte

Die jetzt in Liquidation stehende Bank für deutsche Beamte in Berlin hat bekanntlich gegen ihre früheren Leiter und Aufsichtsratsmitglieder Schadenersatzklagen angestrengt mit der Begründung, daß deren fahrlässige Geschäftsführung den Zusammenbruch des Beamtenfinanzinstitutes herbeigeführt hat. Einer dieser Prozesse ist jetzt bereits zugunsten der Bank für deutsche Beamte entschieden worden, und zwar die Negativklage gegen Alois Weber wegen des bekannten Bildergeschäftes, das erhebliche Verluste gebracht hat, da die Gemälde, die als Deckung für Millionenkredite gedient haben, nur sehr problematischen Wert haben. Das Landgericht III Berlin hat der Klage der Bank für deutsche Beamte stattgegeben, nach der Direktor Alois Weber zum Schadenersatz verpflichtet ist und die Fahrlässigkeit seiner Geschäftsführung festgestellt wird. Zunächst sind nur 10.000 M eingelagert worden, um die Vergleichsmasse nicht durch zu hohe Prozeßkosten zu belasten.

Keine Elektrifizierung Berlin-München

Die Meldung einer Berliner Zeitung, daß bei der Reichsbahnverwaltung Pläne für die Elektrifizierung wichtiger Strecken, besonders der Strecke Berlin-München, in Arbeit seien, ist, wie wir aus Reichsbahnkreisen erfahren, unrichtig. Die Elektrifizierung einer so großen Strecke ist nicht in Betracht gezogen. Das Elektrifizierungsprogramm ist mit der Umwandlung der Berliner Stadtbahn zu Ende gekommen. Es könnte höchstens sein, daß die Strecken München-Ulm oder München-Augsburg noch für elektrischen Betrieb in Betracht gezogen werden. Derartig große Pläne wie eine Elektrifizierung der Strecke München-Berlin liegen der Verwaltung absolut fern schon aus den Gründen der Sparbarkeit; denn die Elektrifizierung eines Kilometers Bahnstrecke kostet rund 200.000 M, was bei den 500 Kilometern Berlin-München eine ungeheure Summe ausmacht.

Die Zerfetzung in der kommunistischen Partei greift immer weiter um sich. Nachdem erst vor kurzem führende Kommunisten der Wasserfante aus der Partei ausgeschlossen worden sind, werden jetzt, wie die „Wolff. Ztg.“ mitteilt, erneut acht führende Agitatoren in Hamburg, Kiel und Wandsbek ausgeschlossen, weil sie es ablehnten, für die Betriebsratswahlen auf der Liste der „Revolutionäre Opposition“ zu kandidieren.

Kommunistenverhaftungen in München. In München wurden die kommunistische Stadträtin Sarnacki und der kommunistische Landtagsabgeordnete Goh verhaftet. Sie sind verdächtig, an dem Landfriedensbruch am vergangenen Mittwoch in der Münchener Vorstadt Giesing beteiligt gewesen zu sein.

Die Heidelberger Festspiele 1931

Wie der Heidelberger Oberbürgermeister in einer Pressebesprechung mitteilte, werden die nächsten Heidelberger Festspiele 1931 stattfinden. Die diesjährige Aussetzung der Festspiele geschieht wohl entsprechend einem früheren Entschluß des Festspielausschusses, nur alle zwei Jahre zu spielen, wie ja auch Bayreuth sich eine Zeitlang zu dieser Maßnahme entschlossen und im letzten Jahre nicht gespielt hatte. Die allgemeine Wirtschaftskrise wie auch die Tatsache, daß in diesem Jahr bereits drei Festspielorte, nämlich Bayreuth, Oberammergau und Salzburg, gleichzeitig spielen, wird die Maßnahme wohl berechtigt erscheinen lassen. Nach früheren Mitteilungen der Festspielgemeinde ist wohl mit der Aufführung von Hebbels „Agnes Bernauer“ in der Bearbeitung von Wilhelm v. Scholz sowie mit der Uraufführung von Dramen von Gerhart Hauptmann, Hermann Burte, Max Mell, René Schickel und Karl Zudmayer im Laufe der nächsten Jahre zu rechnen. Burte, Schickel, Mell und Zudmayer schreiben bekanntlich für die Heidelberger Festspiele besondere Werke, während von Gerhart Hauptmann ein bereits vor Jahren geschriebenes, aber noch unveröffentlichtes Werk uraufgeführt werden soll.

Kirchenmusikalische Woche der Badischen Hochschule für Musik in Karlsruhe. Für evangelische Organisten und Chorleiter findet in der Zeit vom Montag, den 28. April 1930, bis Samstag, den 10. Mai 1930, in Karlsruhe ein von der Badischen Hochschule für Musik unter Beteiligung der Evangelischen Landeskirche veranstalteter kirchenmusikalischer Kurs statt. Er bezweckt eine weitere theoretische und praktische Ausbildung der Organisten und Chorleiter in den verschiedenen Zweigen der kirchlichen Musik. Die Leitung des musikalischen Kurses liegt in den Händen des Leiters der Badischen Hochschule für Musik, Direktor Philipp, unter Mitwirkung von Landeskirchenmusikdirektor Prof. Dr. Koppen und verschiedener Lehrkräfte der Badischen Hochschule für Musik. Die Zahl der Teilnehmer an dem musikalischen Kurse ist auf 25 beschränkt.

Eine Gedenkmedaille Abrahams a Santa Clara. Der Karlsruher Bildhauer Carl Dietrich, der durch das schöne Gedenkmal für die im Weltkriege gefallenen badischen Leibgrenadiere bekannt geworden ist, hat jüngst eine Gedenk- und Bildmedaille Abrahams a Santa Clara geschaffen. Das entsprechende Kunstwerk ist in Bronze modelliert und stellt mit seinem Durchmesser von 7,90 cm einen eindrucksvollen Schmuck dar, der jeden Abraham-Freund erfreuen kann.

Aus den Parteien

Hellpach und die demokratische Partei

Reichstagsabgeordneter Prof. Dr. Willy Hellpach hat, wie gemeldet, sein Reichstagsmandat niedergelegt und gleichzeitig dem stellvertretenden Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Staatssekretär Meher, mitgeteilt, daß er auch sein Mandat als Mitvorsitzender der Partei, das er mit Heber, Erlenz und Gertrud Bäumer inne hatte, abgebe. Dagegen wird Hellpach in der Partei selbst zunächst verbleiben und auch noch einstweilen dem Gesamtvorstand angehören.

In dem Schreiben Hellpachs an Staatssekretär Meher heißt es u. a. zur Begründung des Schrittes:

„Völlig spontan haben mir vor jetzt genau zwei Jahren die Reichstagswahlkreise Pfalz und Hessen unmittelbar nacheinander ihre Kandidaturen angetragen. Alle Bedenken hatte ich zurückgestellt hinter die Bereitschaft zu einem Versuch: ob das Mandat mir Zeit und Kraft für eine zwar naturgemäß eingeschränkte, aber doch ernsthafte Wahrnehmung meines Berufswirkens als Gelehrter (als Forscher und Lehrer) lassen — und ob es mir die positive Möglichkeit verschaffen werde, im Parlament an den großen und dringlichen Aufgaben einer Reichs-, Reichstags- und Reichstagswahlreform sowie einer völligen Neuschöpfung des bürgerlichen Parteiwesens mitzuwirken. Der Versuch ist nach jeder Richtung hin vollkommen negativ ausgefallen.“

1. Die zunehmende Arbeitsanarchie des Reichstags bereitet alle noch so kurzfristigen zeitlichen und sachlichen Dispositionen, wie sie für die Aufrechterhaltung eines noch so beschiedenen Maßes von beruflichem Schaffen, zumal beim Wohnsitz an der Peripherie des Reiches, notwendig sind. Unter solchen Umständen wird ein parlamentararisches Mandat für den nicht in Berlin Anfassigen immer gewisser die Berufszerrüttung bedeuten. Das Ausschneiden einer ganzen Reihe von Gelehrten und das Zurückbleiben bedeutender Träger der Wirtschaft sind Angelegenheiten, die unser Parlament sich schließlich nur noch aus Einwohnern von Berlin, vertretbaren Beamten (wozu leitende, ebenso wie Gelehrte naturgemäß nicht zählen) und in der Hauptsache aus Expansionspolitikern zusammensetzen wird, teils aus solchen, die als angestellte Interessensvertreter hinein-delegiert sind, teils aus andern, die überhaupt ihr materielles oder moralisches Dasein auf ein Mandat bauen. Damit aber hört das Parlament auf, echte Volksvertretung zu sein, und es würde reif dafür werden, an den politischen Vertretungsformen zu weichen, in denen das wirkliche Volkstum des gesamten Reiches seinen Spiegel und Ausdruck findet.

2. Ausschlaggebend ist aber für meinen heutigen Schritt der Fehlschlag jener Erwartungen, die ich in das positive Wirken im Reichstag gesetzt hatte. Zwar weiß ich, daß für die mir im besonderen zufallende kulturpolitische Aufgabensphäre der Reichstag nur dürftige Zuständigkeiten besitzt — wenn diese Tatsache auch keineswegs die tief beklagenswerte geistpolitische Teilnahmslosigkeit einschuldigt, die sich in unserem Parlament wiederholt und z. B. auch im vorigen Juni (10. bis 12.) Fundgab, als dreitägigen, hochstehenden Kulturdebatten anlässlich der zweiten Beratung des Reichshaushaltsplanes nur ein bescheiden kleiner Bruchteil der Abgeordneten, durchschnittlich etwa ein Zehntel, die Ehre der Anwesenheit und des Gehörs schenkte. Aber auch die großen verfassungs- und herrschaftspolitischen Reformaufgaben, von deren baldiger Lösung gutenteils die politische Zukunft des Reiches abhängen wird, sind in diesen verflochtenen eindreierlei Jahren des neuen Reichstages weder von seiner Gesamtheit, noch von seiner Regierung, noch von unserer Partei wesentlich vorangetrieben worden. Die Initiative in der Reichsreform liegt heute geradezu außerhalb des Reichstages und der Reichsregierung bei einem überparteilichen Kreise von Männern des wirkenden Lebens, die ein vorwärtiger Kanzler um sich gesammelt hat. Die Parlamentsreform ist über Bagatellmaßnahmen dritter Größenordnung, wie die zeitweilige Beseitigung des Medepulvis, die mechanische Quotifizierung der Abgeordneten und die Preisfahrt- und Diätenentziehung gegenüber radikalsten Möglichkeiten nicht hinausgekommen. Gegen den stillen Widerstand, welchen vor allem die stärkste Partei des Reichstages und des Reichskabinetts einer gesunden Wahlreform entgegenstellt, ist niemals energisch angegangen worden. Ebensovienig hat gegenüber dieser Partei, die unsere in den reichslebenswichtigen Fragen einer gesunden Reichsfinanz- und Reichssozialreform diejenige Stützkraft entfaltete, die ihr trotz ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit angesichts ihrer ausgezeichneten geistigen Ausrüstung anstehen würde.

Am schmerzlichsten aber hat unsere Partei sich der Aufgabe einer Wiedergeburt des Parteiwesens verhaftet. Die Hauptvorstandsbesprechung vom 8. Februar d. J. hat es unüberleglich fundgetan, daß unsere hauptverantwortliche Parteiführung jede schöpferische, überhaupt jede handelnde Beteiligung an dem Werden einer starken, staatsbeherrschenden Partei der bürgerlichen Mäßigkeit in ihrer Mehrheit ablehnt, ja verwirft. Dieser Haltung, daß nimmermehr das Gesetz des Handelns in der größten innerdeutschen Frage an die Rechte übergegangen ist, kann ich mich nicht anschließen und auch nicht fügen. Denn es ist allerdings meine Überzeugung, daß die Neuschöpfung unseres Parteiwesens gleich aller Politik nur durch Handeln und nicht durch „Abwarten“ geleistet werden kann. Darum bin ich vor meinem politischen Gewissen verpflichtet, an solchem Handeln teilzunehmen, wo es sich darbietet, und Bindungen abzutreiben, welche meine Meinungsäußerung oder Entschlußfassung beschränken müßten.“

Zu dem Mandatsverzicht Hellpachs bemerkt der „Demokratische Zeitungsdienst“ unter anderem, Hellpach habe schon seit längerer Zeit aus der Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Reichspolitik und des Parteiwesens kein Hehl gemacht, es sei auch durchaus verständlich, daß eine Persönlichkeit von seinem Range eine tiefe Verstimmlung empfinde über den Mangel an Initiative, den insbesondere auf dem Gebiet der Reichsreform und der Wahlreform die maßgebenden Parteien befehdeten. Eine Mitschuld der Demokratischen Partei hieran sei gewiß nicht zu behaupten, da sie es an einer solchen Initiative nicht habe fehlen lassen, auch für die Unzulänglichkeit des Parteiwesens sei die Demokratische Partei nicht verantwortlich zu machen. Auch sie erblide in der Schaffung einer starken staatsbeherrschenden Partei der Mitte ein hohes staatspolitisches Ziel, sei sie allerdings der Überzeugung, daß dieses Ziel durch unfruchtbare Erörterungen nicht gefördert, sondern geschädigt werde, solange die tatsächlichen Voraussetzungen nicht vorhanden seien.

Grüner aus der SPD. ausgeschlossen

W.D. Berlin, 4. März (Tel.) Der sozialdemokratische Parteivorstand hat einstimmig beschlossen, den Senatspräsidenten beim Oberverwaltungsgericht, Grüner, aus der Partei auszuschließen. Er erklärt, daß die Behauptung Grüners, er habe vom Parteivorstand für sein Vorgehen gegen den Minister Grzesinski freie Hand erhalten, auf Unwahrheit beruhe.

Grüner-Grzesinski

Zum Austritt des preussischen Innenministers Grzesinski hat im wesentlichen ein Brief beigetragen, den der Sozialdemokrat und Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht Berlin, Grüner, unter dem 3. Februar an den Ministerpräsidenten Braun geschrieben, und worin er ausgeführt hat, das Privatleben des Ministers entspreche nicht den Anforderungen, die man an das Auftreten eines preussischen Beamten stellen müsse.

Der Brief nimmt Bezug auf das Eheleben Grzesinskis und erklärt, es habe bei Beamten und Politikern Anstoß erregt, daß sich der Minister bei offiziellen Gelegenheiten mit seiner jehiben Lebensgefährtin gezeigt habe. Grüner stellt die Behauptung auf, daß dieses Verhalten des Ministers restlos gegen die preussische und deutsche Beamtenzucht verstoße, und sagt, daß durch das Verhalten des Ministers das Institut der „Maitresse du Titre“ (das war der Name der offiziellen Nebenfrau in der Hofzeremonie) in der Republik „fröhliche Urständ“ feiere. Schließlich forderte Grüner den Ministerpräsidenten auf, er solle gegen Grzesinski eingreifen, und erbat eine Antwort auf sein Schreiben.

Von sozialdemokratischer Seite wurde erklärt, daß die Mitgliedschaft Grüners schon seit Monaten als eine außerordentlich zweifelhafte Angelegenheit betrachtet werde. Des Briefe bilde lediglich ein Glied in der Kette der monatelangen schmutzigen Verleumdungen gegen Grzesinski. Seiner Ursprung habe dieses Verhalten in dem Bedürfnis Grüners nach Rache gegenüber dem zurückgetretenen preussischen Innenminister, dem gerade Grüner vieles, und vor allem zu verdanken hat, daß er sich heute noch in Amt und Würden befindet. Grzesinski besitze nicht nur weiterhin das Vertrauen der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages, er besitze noch mehr das Vertrauen der Gesamtpartei, die seine hervorragenden Leistungen als Innenminister dankbar anerkenne.

Im Auftrage des Senatspräsidenten Grüner veröffentlicht Rechtsanwält Dr. Siegfried Effenhardt eine Erklärung, in der es heißt: Senatspräsident Grüner konnte als Beamter beim Oberverwaltungsgericht, das sich mit dem dienstlichen Verhalten von Kommunalbeamten dauernd zu befassen hat, nicht darüber hinwegkommen, daß Minister Grzesinski in seinem amtlichen Leben einen Lebenswandel führte, der nicht zu vereinbaren ist mit seiner Stellung als höchstem Kommunal- und Verfassungsminister. Er hat zunächst im Januar sich an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewandt, dem es aber nicht gelang, irgendwie eine Änderung herbeizuführen. Hierbei wurde Grüner ausdrücklich aufgefordert, daß er in seinen weiteren Entschlüsse nimmermehr völlig freie Hand habe. So kam es, daß er am 3. Februar den fraglichen Brief an Ministerpräsident Braun richtete. Die Veröffentlichung des Anwaltes stellt schließlich die Bemerkung eines Blattes, Grüner sei in die Barmat-Affäre verwickelt gewesen, dahin richtig, daß bereits 1925 der damalige Oberpräsident von Sachsen, Göring, dem damaligen Regierungspräsidenten Grüner eröffnet habe, daß seine Beziehungen zu Barmat, die im übrigen gelöst sind, durchaus korrekt waren.

Der „Dortmunder Generalanz.“ enthält eine Notiz über eine Unterredung mit Grüner. Danach soll Grüner in erregtem Tone erklärt haben, daß eine von Berliner Blättern angezogene Unterredung Grüners mit dem Oberverwaltungsgerichtspräsidenten Dr. Drews (seinem Vorgesetzten) bereits vor einigen Tagen stattgefunden habe. Sie habe eine Handlungsweise des Ministerpräsidenten Dr. Braun zum Gegenstand gehabt, für die dieser wahrscheinlich das gleiche Schicksal erleiden werde, wie der Innenminister Grzesinski. — Wie der „Vorwärts“ dazu mitteilt, wird Grüner wegen dieser Äußerung amtlich vernommen werden.

Überschwemmungskatastrophe in Südrankreich

W.D. Paris, 4. März (Tel.) Die Überschwemmung des Tarn hat außerordentliche Ausmaße angenommen. Die Stadt Montauban ist von allen Seiten von jedem Verkehr abgeschnitten. In mehreren Stadtvierteln sind Häuser eingestürzt. Etwa 10 Soldaten, die bei den Rettungs- und Bergungsarbeiten mitgewirkt haben, fehlten beim Appell. Auch die bei Toulouse gelegene Ortschaft Villemer am Tarn ist außerordentlich schwer heimgesucht worden. 600 Arbeiter sitzen in einer Fabrik, die überschwemmt ist, fest. Auf den Straßen in der Nähe von Toulouse steht das Wasser teilweise bis zu 5 Meter hoch. Zwei Hängebrücken sind weggeschwemmt worden. Die Regengüsse halten an und die Flut steigt weiter. Zahlreiche Häuser sind bereits eingestürzt. Bei Caracassonne ist ein Tunnel an der Strecke Bordeaux-Cette infolge der anhaltenden Regengüsse eingestürzt. Nach dem „Echo de Paris“ soll die Zahl der Toten auf 20 gestiegen sein.

Am Zusammenfluß des Tarn und des Agout bei Villemer ist das Ausmaß der Überschwemmungen am größten. Hier ist das Tal in einer Breite von 3 Kilometer unter Wasser gesetzt. Das ganze obere Tarnal ist überschwemmt. Die Einwohner der Städte von Albi bis Moissac konnten sich retten, weil rechtzeitig gewarnt worden war. In Villemer ist das Rathaus eingestürzt. Die Stadt Castres steht völlig unter Wasser.

2000-Stunden-Tanz

Einem Dauerlang von ungewöhnlichem Ausmaß, selbst für amerikanische Rekorde, haben jetzt nach langem, heißem Bemühen die Detroit-Behörden ein Ende gemacht. In einem Vergnügungsdotal sind am 18. November verschiedene Raare zum Tanze angetreten und haben seitdem mit nur wenigen, streng geregelten Ruhepausen von jeweils einigen Minuten durchgezogen, ohne zu schlafen, so behauptet wenigstens die Zeitung des fraglichen Unternehmens, während die Märgler wissen wollen, daß den Teilnehmern trotz allem heimlich Gelegenheiten geboten war, von ihren Strapazen vorübergehend auszurufen. Das Dotal wurde geschlossen und Tänzer und Tänzerinnen in ihre Betten geschickt, nachdem sie — wie mit der üblichen Genauigkeit berichtet wird — 2570 Stunden und 35 Minuten auf dem Parkett unterwegs gewesen waren.

Die Privatsekretärin des Fabrik-Direktors Becker, Frä. Janson in Frankfurt a. M., hat sich vergiftet.

In Embden ist, 103 Jahre alt, Landschaftsrat Ernst von Dreff gestorben.

In Hamburg hat nach der Heimkehr von einem Maskenball der Kraftwagenführer Erich Brück sein 5 Jahre altes Pflasterkind ermordet. Brück selbst hat sich eine nicht lebensgefährliche Halschnittwunde beigebracht. Er ist anscheinend anormal veranlagt. Er hatte mit einem Küchenmesser der Kleinen zahlreiche Schnitt- und Stichwunden beigebracht und auch versucht, Gliedmaßen abzutrennen.

Aus Indochina wird ein schwerer Zusammenstoß zwischen Eingeborenen und Polizei gemeldet. Mehrere Eingeborene wurden getötet und verletzt.

Badischer Teil

Die Obsternte in Baden im Jahre 1929

Im Herbst vergangenen Jahres hat in Anbetracht der guten Obsternte auf wiederholte Anregung des Reichsernährungsministers eine Ermittlung des Obstertrages sowie des Geldwertes der Ernte der wichtigsten Baumarten in unserem Land stattgefunden. Die Angaben beruhen auf Schätzungen der Gemeindebehörden und erstrecken sich auf Apfelbäume, Birnbäume, Zwetschgen- und Pflaumenbäume, Kirschbäume, Pfirsichbäume und Nussbäume. Der auf diese Weise ermittelte Gesamtobstertrag beläuft sich nach einer Zusammenstellung des Badischen Statistischen Landesamts auf rund 4,3 Millionen Zentner (4 298 487 Zentner), wovon ungefähr die Hälfte (2 Millionen Zentner) auf Apfelbäume und 1,3 Millionen Zentner auf Birnbäume entfallen. Der Gesamtwert dieser Ernte wurde auf Grund der angegebenen Durchschnittspreise auf rund 23,5 Millionen Reichsmark berechnet. Dieser Ertrag kommt naturgemäß nicht allen Teilen des Landes in gleichem Ausmaße zugute. Dem Obstbau sind durch die Naturbedingungen, die Höhenlage usw. Grenzen gezogen; immerhin ist die Obstkultur in unserem Lande, abgesehen von wenigen Teilen des hohen Schwarzwaldes, überall möglich. Trotz der großen Verbreitung schälen sich aber bei näherem Zusehen doch nur wenige Landesgegenden heraus, wo der Obstbau größere Bedeutung hat oder zur wichtigsten Einkommensquelle geworden ist. Das geht schon daraus hervor, daß auf die folgenden 12 Bezirke mehr als die Hälfte (rund 1,4 Mill. Reichsmark) des Gesamtobstertrages entfallen. Unter diesen Bezirken ist weitläufig am ersten Stelle der Bezirk Bühl mit seiner bekannten „Bühler Zwetschge“ zu nennen, wo die letztjährige Ernte auf 2,7 Millionen Reichsmark geschätzt wurde. Nahezu die gleiche Summe ist aus dem Bezirk Heidelberg (1,9 Millionen Reichsmark) gemeldet. Auf mehr als 1 Million Reichsmark beläuft sich der Geldwert der Obsternte in den Bezirken Freiburg (1,2 Millionen Reichsmark) und Emmendingen (1,2 Millionen Reichsmark). Die nächsten höheren Erntewerte haben die Bezirke Nafzatt (952 600 RM), Mannheim (845 000 RM), Waldshut (825 200 RM), Überlingen (805 500 RM), Mosbach (791 900 RM), Offenburg (782 300 RM), Oberkirch (739 100 RM), Lahr (737 700 RM) usw. In den genannten Bezirken entfällt aber der Löwenanteil der Ernte auch wieder nur auf einzelne Gemeinden. Rund die Hälfte des Geldwertes der Obsternte des Bezirks Bühl verteilt sich z. B. auf die Gemeinden Steinbach, Bihlertal, Efsental, Gamsfurt, Neuwiler, Oberachern, Ostersweier. Im Bezirk Heidelberg kommt die gute Ernte zum größten Teil (1,4 Mill. Reichsmark) nur den Gemeinden Heidelberg, Nussloch und Dossenheim zugute; in den Bezirken Freiburg und Emmendingen verteilt sich jeweils die Hälfte der Ernte auch nur auf eine kleine Anzahl Gemeinden. In der Vöhracher Gegend haben drei Gemeinden (Vörrach, Weil, Gallingen) zusammen eine Obsternte im Werte von rund 255 000 RM, im Bodenseegebiet vier Gemeinden (Mardorf, Bodman, Ludwigshafen, Itten-dorf) eine Ernte, die insgesamt auf nahezu 650 000 RM geschätzt wurde.

Wenn die aufgeführten Zahlen auch nur Schätzungen sind, ermöglichen sie doch immerhin ein Urteil über die Bedeutung des Obstbaues in unserem Lande. Sie zeigen vor allem, daß der Obstbau bei richtiger Pflege und Organisation des Absatzes die wichtigste und einträglichste Spezialkultur des badischen Landwirts werden kann.

Die Bewegung bei den badischen Sparkassen

Die Gesamteinlagenbestände der badischen Sparkassen betragen Ende des Monats Januar 1930 zirka 569,3 Millionen Reichsmark (gegenüber 413,7 Millionen Reichsmark Ende Januar 1929). Davon entfallen auf: a) Reichsmarkspareinlagen 396,5 Millionen Reichsmark (310,1 Millionen), b) aufgewertete Spareinlagen 113,5 Millionen Reichsmark (52,7 Millionen), c) Depósitos, Giro- und Kontokorrenteinlagen 59,3 Millionen Reichsmark (50,9 Millionen). Die Bewegung der Spareinlagen vollzog sich wie folgt: Einzahlungen 30,9 Millionen Reichsmark (26,1 Millionen), Rückzahlungen 20,4 Millionen Reichsmark (14,5 Millionen). Der Nettozugang an Spareinlagen stellt sich mithin auf 9,9 Millionen Reichsmark (11,6 Millionen). Dazu kommen dann noch 9,4 Millionen Reichsmark (2,3 Millionen) kapitalisierte Zinsen und 0,4 Millionen Reichsmark aufgewertete Spareinlagen.

Der Überblick der Einzahlungen über die Rückzahlungen ist, wenn auch um ein Geringes niedriger als im gleichen Monat des Vorjahres, doch immer noch von beachtlicher Höhe. Der erhebliche Unterschied bei den kapitalisierten Zinsen erklärt sich dadurch, daß dieses Jahr ein großer Teil der Zinsen bereits im Januar in die Statistik hereingenommen werden konnte, während im Januar 1929 der Hauptposten erst im Februar erschienen ist. Die Depósitos, Giro- und Kontokorrenteinlagen haben im Berichtsmontat insgesamt um 1,9 Millionen Reichsmark (2,6 Millionen) zugenommen, und zwar die Depósitos um 2,8 Millionen Reichsmark, während bei den Giroeinlagen eine kleine Verminderung um 0,5 Millionen Reichsmark und bei den Kontokorrenteinlagen ebenfalls eine solche um 0,4 Millionen Reichsmark zu verzeichnen war.

Tagungen

Der Landesverband Badischer Geflügelzüchtervereine hielt am Samstag und Sonntag in Vörrach seine diesjährige Hauptversammlung ab. Am Sonntag begann die eigentliche Tagung. Tierärztliche Inspektor Langenstein (Karlsruhe) behandelte zunächst den Geschäfts- und Rechenschaftsbericht. Daraus ist erwähnenswert, daß dem Verband 160 Vereine mit zirka 7000 Mitgliedern angehören. Aber die Eierverwertung in Baden sprach der Leiter der badisch-pfälzischen Eierverwertungsgenossenschaft, von der Linde.

Der Heidelberger Haushaltsplan. In einer Pressebesprechung schilderte Oberbürgermeister Reinkaus die Finanzlage der Stadt Heidelberg. Im laufenden Haushaltsplan wird der Fehlbetrag voraussichtlich 900 000 RM betragen. (Anwachsen der Wohlfahrtsausgaben um 600 000 RM und Ausfall an Steuereinzahlungen von 300 000 RM.) Die Verwaltung ergreift einschneidende Sparmaßnahmen und wird den Fehlbetrag des Jahres 1929 in drei Raten in die Stats von 1931, 1932 und 1933 einsehen. Die Zahl der Beamten und Angestellten wurde durch vorläufige Kündigungen bereits auf 60 vermindert. In den Kreis der Sparmaßnahmen fällt auch die etwaige Schließung des Theaters, die zur Zeit ernsthaft erwogen wird. Der Etat des Orchester- und Theaters würde um 257 000 RM entlastet werden (bei einem Orchester von 30 Musikern). Bisher betrug der Theaterzuschuß 454 000 RM. Der durch neue Einnahmen zu deckende Teil der Gesamtausgaben beläuft sich auf etwa 1 650 000 RM. Bei der Höhe dieses Betrages wird wieder eine Erhöhung der Gemeindesteuern noch eine Erhöhung der Tarife der städtischen Werke zu umgehen sein.

2-Millionen-Darlehen der Stadt Singen. Die Stadt Singen hat von der Eisenindustrie Fischer und von der Maggeseellschaft ein langfristiges Darlehen von je einer Million Reichsmark zum Zinsfuß von 7 Proz. erhalten.

Kurze Nachrichten

Die Kündigungen im Ruhrgebiet. Die drohende Entlassung von 2000 Bergarbeitern auf den Zechen der Gute-Hoffnung-Hütte in Oberhausen ist zur Tatsache geworden. Wie die Verwaltung mitteilt, sind die Kündigungen zum 15. März ausgesprochen. Es ist möglich, daß, wenn eine Abfederungsverordnung eintritt, ein Teil der Kündigungen rückgängig gemacht werden kann.

Der Fall Siefert. Der Oberstudienrat Siefert ist durch Verfügung des thüringischen Volksbildungsministeriums in seine Rechte als Direktor des Wilhelm-Ernst-Gymnasiums in Weimar wieder eingesetzt worden. Das von ihm selbst beantragte Disziplinarverfahren nimmt jedoch seinen Fortgang.

Der geplante Vögelendurchfluß. Die Vorarbeiten für den Vögelendurchfluß Marlich-St. Die sollen, wie aus Straßburg gemeldet wird, demnächst wieder aufgenommen werden.

Völkerverbundspakt und Kelloggspakt. Im Genfer Juristenaußschuß ist eine vollkommene Einigung über die Anpassung des Völkerverbundspaktes an den Kelloggspakt erzielt worden.

Admiral Grigorowitsch †. In Nanton (Frankreich) ist im Alter von 78 Jahren der frühere russische Admiral Grigorowitsch gestorben. Er war Adjutant des Zaren und von 1912 bis 1917 Marineminister.

Verhaftungen in Madrid. Als Folge der Ausschreitungen vom Samstag in Madrid sind 13 Personen verhaftet worden, darunter der Schriftsteller und Journalist C. L. Galviz und Professor G. Garcia Lopez von der Rechtsfakultät der Universität Madrid.

3,1 Millionen Arbeitslose zählt man in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Aus der Landeshauptstadt

Der Fremdenverkehr in der Stadt Karlsruhe ist auch im Jahre 1929 gestiegen. Bei einem Gesamtverkehr von 124 662 Fremden übertraf er das Jahr 1928 um 9000 Fremde und blieb hinter 1913 nur noch um 5600 zurück. Das Plus gegenüber dem Vorjahre war aber nur dadurch möglich, daß die in der Vergangenheit und einfachsten Gasthäusern Abgestiegenen zahlreicher geworden sind. Der Besuch von Ausländern ist gegenüber dem Vorjahre prozentual gleich geblieben, sein Anteil am Gesamtverkehr beläuft sich auf 9,6 Proz. gegen 11 Proz. in der Vorjahreszeit. Aber ablos ist eine Zunahme um rund 900 eingetreten, so daß der Gesamtanländerbesuch auf 11 970 Personen stieg.

Mitgliederstand der Karlsruher Krankenkassen und Beschäftigungsgrad im Jahre 1929. Im Jahre 1929 hatten die 15 Karlsruher Krankenkassen im Monatsdurchschnitt rund 54 300 in Karlsruhe versicherungspflichtig beschäftigte Mitglieder (darunter 20 163 weibliche). Läßt man die Erwerbslosen und arbeitsunfähig Erkrankten unberücksichtigt (das gilt für alle folgenden Ziffern), so ergibt sich, daß monatlich im Durchschnitt 48 539 versicherungspflichtige Personen (darunter 18 777 weibliche) in Karlsruhe arbeiteten. Das sind zwar gegenüber 1913 6719 Personen mehr (2613 Männer und 4106 Frauen), aber gegenüber dem Vorjahre 1154 weniger, und zwar entfällt das Minus nur auf die Männer (1252), während die Frauen eine kleine Zunahme (von 98) aufwiesen.

Badisches Landestheater. In der am Donnerstag, dem 6. März, stattfindenden Aufführung von Wagners „Lohengrin“ wird Kammerfänger Theo Straß, der dieser Tage von seinem erfolgreichen Amerika-Gastspiel zurückgekehrt ist, zum erstenmal wieder hier auftreten und die Titelpartie singen. Die „Gisa“ singt Gertrud Weiling. Am Freitag, dem 7. März, gelangt Vorhänge „Hoffmanns Erzählungen“ mit Robert Kiefer als „Georg“ und Viktor Hospach als „Abelhof“ zur Wiederholung. „Die Affäre Dreifus“, Schauspiel von Hans J. Rehfisch und Wilhelm Herzog, das am Samstag, dem 8. März, unter der Spielleitung des Intendanten Dr. Baag zur hiesigen Erstaufführung kommt, darf trotz des historisch gewordenen Stoffes in gewissem Sinne auch als „Zeitstück“ angesprochen werden, insofern es gewisse noch immer bestehende Gegensätze aufzeigt, wie sie in raffiniertesthetischen, sozial- und nationalpolitischen Tendenzen gegeben sind. — Am Sonntag, dem 9. März, gelangen Wagners „Meistersinger“ zur Aufführung und im Konzerthaus, Emil Noldeows Komödie „Kater Lampe“ mit Melly Rademacher als „Frau Seifert“ zur Wiederholung. In der Oper wird ferner für Mitte des März eine Neueinstudierung der Operette „Der Zigeunerbaron“, und im Schauspiel für den 22. März die Uraufführung der „Sebastian-Legende“ von Hermann Heinz Ortner, einem „Spiel vom Glauben und seinen Wundern“ vorbereitet.

Das Konzert E. Darnstadt-Stern wird am Donnerstag, 6. März, im Saale der Vier Jahreszeiten stattfinden.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Eine wandernde Hochdruckwelle ist vom Südwesten auf den europäischen Kontinent übergetreten und hat sich auf das dort vorhandene Hochdruckgebiet überlagert. Der Kern hohen Druckes lag daher heute früh westlich von uns, womit die Winde über Süd nach Südwest gedreht und milde Luft sub-tropischen Ursprungs herangeführt haben. Eine wesentliche Änderung des bestehenden Witterungscharakters wird außer Aufschwächung der Nachfröste nicht zu erwarten sein. Wetter-Übersicht: Nachfröste nur noch in mittleren und hohen Lagen. Fortdauer der trockenen und tagsüber milden Witterung mit Lokalfrühnebeln bei schwacher Luftbewegung.

Kurze Nachrichten aus Baden

DJ. Mannheim, 4. März. Die Zahl der Faschingsveranstaltungen am letzten Wochenende ist rekord. Nicht weniger als 51 Maskenbälle und 196 Kappenabende fanden am Samstag und Sonntag statt.

DJ. Mannheim, 4. März. Am vergangenen Sonntag konnte Frau Julie Baffermann in völliger geistiger Frische ihren 70. Geburtstag feiern. Neben einem Glückwunschschreiben des Mannheimer Oberbürgermeisters ließen Glückwünsche u. a. von Reichsaussenminister Dr. Curtius, zahlreichen politischen und Frauerverbänden und prominenten Persönlichkeiten ein.

bl. Weinheim, 3. März. Die Tragödie in der Familie des Schreinermeisters Jakob Joshi hat jetzt ihr drittes Opfer gefordert. Der 56-jährige Kaufmann Karl Friedrich, der von seinem Onkel durch mehrere Neulobverträge schwer verletzt worden war, ist Montag morgen im hiesigen städtischen Krankenhaus gestorben.

DJ. Forzheim, 3. März. Kommerzienrat Emil Kollmar kann heute seinen 70. Geburtstag begehen. Er entstammt einer alt eingesessenen Forzheimer Handwerkerfamilie. Im Alter von 25 Jahren gründete er mit dem Guillocheur Wilhelm Jourdan zusammen eine Kettenfabrik, die heute weltbekannte Firma Kollmar & Jourdan. Die Firma begann ihre Laufbahn mit drei Arbeitern. Zahlreiche Auszeichnungen würdigten die Verdienste dieses tatkräftigen Forzheimer Industriellen.

DJ. Heidelberg, 3. März. Der evangelische Geistliche, Kirchenrat Specht, kann am 8. März seinen 95. Geburtstag begehen. Er war 47 Jahre im geistlichen Amt tätig. Specht ist der Begründer der Zeller Anstalten.

DJ. Freiburg i. Br., 3. März. Zu den Verhaftungen wegen § 218 StGB in Freiburg, Endingen, Niechlinbergen und anderen Kaiserstuhlorten wird weiter bekannt, daß es sich bei dem verhafteten Heilkundigen und Homöopathen um einen gewissen Scherdel aus Freiburg handelt, der in geradezu gewissenloser Weise sein Handwerk betrieben hat. In Niechlinbergen wurden nicht weniger als zehn Frauen bisher wegen Abtreibung festgenommen.

DJ. Waldkirch, 4. März. Gestern abend 8 Uhr entstand in dem großen landwirtschaftlichen Anwesen von Karl Göringer im sogenannten Schmiedbauerhof in der Gemeinde Sienebach vermutlich infolge Kurzschlusses ein Brand, dem das ganze Anwesen zum Opfer fiel. Das Mobiliar konnte zum größten Teil gerettet werden. Die Gebäulichkeiten waren im letzten Jahr mit Ziegel gedeckt worden. Der Schaden ist beträchtlich.

DJ. Donaueschingen, 4. März. Einen folgenschweren Ausgang nahmen Streitigkeiten, die gestern abend im Anschluß an eine Fastnachtunterhaltung im benachbarten Neudingen zwischen jungen Burschen entzündeten. Der ledige Landwirt Karl Scherer hatte mit Altersgenossen Streit bekommen und war verprügelt worden. Heute morgen wurde seine Leiche mit abgetrenntem Kopf in der Nähe des Bahnhofes auf dem Bahngelände gefunden. Offenbar hatte er sich seine Niederlage so zu Herzen genommen, daß er Selbstmord verübte.

DJ. Friedrichshafen, 3. März. Der Bodensee-Wasserstand ist unter 2,50 Meter gesunken. Er macht der Bodenseeschiffahrt im Trajektverkehr besondere Schwierigkeiten. Alle Güterwagen von mehr als zwei Achsen müssen seit längerer Zeit über Norkach-St. Margrethen umgeleitet werden, weil bei der starken Neigung der Trajektbrücken die Wagen mit großem Radstand nicht verschifft werden können.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	4. März		3. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167.81	168.15	167.82	168.16
Kopenhagen 100 Kr.	111.99	112.21	112.03	112.25
Italien . . . 100 L.	21.93	21.97	21.935	21.975
London . . . 1 Pf.	20.344	20.384	20.348	20.388
New York . . . 1 D.	4.1870	4.1950	4.1875	4.1955
Paris . . . 100 Fr.	16.38	16.42	16.38	16.42
Schweiz . . . 100 Fr.	80.82	80.98	80.80	80.996
Wien 100 Schilling	58.93	59.05	58.95	59.05
Brag . . . 100 Kr.	12.40	12.42	12.401	12.421

Die Rheinschiffahrtskonventionen

Die in den letzten Monaten einfließenden Zusammenschlußbewegungen in der Rheinschiffahrt haben außer zu betrieblichen Zusammenhängen auch zu einer Reihe von Konventionen geführt, die sich während der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits sehr gut bewährt haben.

Nach einer von der Berliner „Befreiung“ veröffentlichten Übersicht über die in den letzten Monaten auf dem Rhein zustande gekommenen Konventionen und Verständigungen wurde zunächst die Frachtkonvention für die Schweiz gegründet, an der beteiligt sind die Rhemus-AG für Schiffahrt und Expedition, Basel, Schweizer Schleppliffahrts-Genossenschaft, Basel, Basler Rheinschiffahrt AG, Basel, Neptun Transport und Schiffahrts-AG, Basel, sowie die mit diesen Firmen liierten oder verbundenen Rheinschiffahrts-Gesellschaften. Die genannten Firmen betreiben auch Nachschiffahrt von Straßburg nach Basel, die sich gerade im Jahre 1929 sehr stark entwickelt hat.

An der einige Zeit später gegründeten Konvention der in Straßburg anässigen Reedereien und Reedervertretungen für den Verkehr nach Straßburg sind beteiligt die S. A. de Navigation Rhénane, Straßburg, Société Française de Navigation Rhénane, Straßburg, Le Rhin, Société Générale de Navigation et d'Entrepot, Straßburg, Rhemus Société de Transports a. r. l., Straßburg, Seegmüller & Co., G. m. b. H., Straßburg, Société Néerlandaise de Navigation Rhénane, Straßburg.

Diese Konvention umfaßt alle Transporte, die über Straßburg verladen werden, und nicht für die Schweiz bestimmt sind. Die gleichen Firmen halten sich bezüglich der Transporte für die Schweiz an die Basler Konventionsfestlegungen.

Ferner ist im November 1929 die Talschleppervereinigung gegründet worden mit Geschäftsstellen in Straßburg, Karlsruhe, Mannheim, Mainz, St. Goar. Dieser Talschleppervereinigung gehören heute alle Rheinschiffahrts-Gesellschaften an. Jede Reederei kann ihre eigenen Rähne mit eigenem Dampfer zu Tal befördern. Sie darf aber selbst fremde Rähne zum Talschleppen nicht annehmen, sondern muß sich im Bedarfsfall solche Rähne von der Schleppzentrale zuweisen lassen. Andererseits ist sie verpflichtet, sofern ihr Schleppmaterial nicht ausreicht (und sie hat Schleppfähne zum Schleppen abzugeben), diese der Schleppzentrale zur Verfügung zu stellen.

Diese Frachtkonvention für die Schweiz wurde vor allen Dingen deshalb gegründet, weil die Frachten nach der Schweiz durch die überaus große Konkurrenz sehr gedrückt waren. Die nun gegründete Konvention hat nicht das Bestreben, nimmere die Frachten über Gebühr zu erhöhen, sondern sie will lediglich dafür sorgen, daß Frachten bezahlt werden, bei denen die Reederei ihre Auskommen finden kann. Die gleichen Bestrebungen hat die Konvention in Straßburg für die französischen Transporte. Was nun die Talschleppervereinigung anbelangt, so ist durch deren Gründung bezweckt, einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu schaffen und für prompte Beförderung der Talschiffe zu sorgen.

Zur Ermäßigung der Frachten. Die Handelskammern Freiburg, Konstanz, Villingen und Lahr haben sich zu einem gemeinsamen Schreiben bei der badischen Regierung zur Weiterleitung an die Reichsregierung in der Frachtenfrage für Oberbaden entschlossen. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage in Oberbaden müssen unbedingt in der Frachtenfrage Ermäßigungen eintreten, da sich diese auch auf den Frachttüchtigkeit beziehe.

Der schädliche Neuzpeditionsstarif. Wie die Landwirtschaftskammer Karlsruhe erfährt, sind Bestrebungen im Gange, den bisher für Frankfurt a. M. und Wüdingen geltenden Neuzpeditionsstarif, der im wesentlichen italienischem Obst und Gemüse zugute kommt, durch die Vereinnahmung neuer Stationen auch auf französisches Gemüse auszudehnen. Darüber hinaus soll eine ähnliche Tarifvergünstigung für Rahn gefordert werden. Diese Kläne bedeuten eine ganz schwere Bedrohung für den deutschen Gartenbau. Die Bedeutung des Neuzpeditionsstarifs besteht darin, daß den so begünstigten Transporten die Vorteile des deutschen Staffeltarifs zugute kommen. Dies hat zur Folge, daß das gesamte Verbrauchsgebiet der Umgebung Frankfurt für den Absatz der Erzeugnisse des süddeutschen Gartenbaues weitgehend verlorengeht.

Zusammenbruch einer Getreidegroßhandlung. Die weit über Weidenburg hinaus bekannte Getreidegroßhandlung Callies in Grevesmühlten hat ihre Zahlungen eingestellt.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterversammlung in Karlsruhe

Am 24. Februar 1930 fand im Bezirksratsaal in Karlsruhe eine amtliche Bürgermeisterversammlung der Bürgermeister des Landbezirks Karlsruhe, unter dem Vorsitz von Santrat Dr. Geur, statt. Sämtliche 30 Bürgermeister waren anwesend.

U. a. erörterte man die Aufgaben und Pflichten des Bürgermeisters und des Gemeinderats bei der Verwaltung des Gemeindevermögens und besprach die Bestimmungen über den Gemeindeaufwand und die Mittel zu dessen Deckung. Eingehend behandelt wurde die Kapitalaufnahme der Gemeinden für die nächste Zeit unter Belanngabe der Auffassung des Ministeriums des Innern. Danach dürfe die staatliche Genehmigung kurzfristiger Kredite zur Deckung ihrer Natur nach im Wege langfristiger Kredite zu finanzierenden Aufgaben nur in ganz besonderen Ausnahmefällen erteilt werden. Die Genehmigung zur Kapitalbeschaffung durch Ausstellung oder Begabung von Finanzwechseln werde grundsätzlich abgelehnt. Die allgemeine Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes hat es nötig gemacht, der Freiheit des gemeindlichen Kreditgebarens gewisse Fesseln anzulegen. Die Staatsbehörden werden es unterlassen, den Gemeinden die Ausführung losspieliger Unternehmungen nahe zu legen oder sie dazu zu zwingen, wie auch die Gemeinden der allzu großen Unternehmungsfreudigkeit einen Dämpfer aufsetzen müssen. Das Vermögen der Gemeinden des Landbezirks Karlsruhe betrug am 1. April 1929 32 300 622 RM, die Schulden beliefen sich auf 2 685 211 RM, so daß ein Reinerwerb von 29 725 411 RM vorhanden war. Der Betrag der Schulden aus Anleihen am 1. Januar 1930 belief sich auf 2 568 034 RM. Die Verschuldung der Gemeinden beträgt also etwa 8 Proz., die nicht als bedenklich bezeichnet werden kann.

Bürgermeister Jäck wies auf die Schwierigkeiten hin, die heute bei Erhebung aller öffentlichen Abgaben für die Gemeinden bestehen. Zwangsmäßige Beitreibungen seien nur in seltenen Fällen möglich. Einsparungen seien kaum erzielbar, weil die Gemeindeveranschläge schon in den letzten Jahren knapp aufgestellt wurden. Der Redner wünscht, daß die Gebührenhebung der Gemeinden nicht an die Genehmigung der Staatsaufsichtsbehörden gebunden sein solle.

In nächster Zeit sollen die ortspolizeilichen Vorschriften mit dem Zwecke der Ausmerzung aller veralteten oder rechtlich nicht einwandfreien Bestimmungen einer Nachprüfung unterzogen werden, wie dies schon hinsichtlich der bezirkspolizeilichen Vorschriften geschehen ist. Eingehend erörtert wurde die Handhabung der Baupolizei durch die Bürgermeister und Ortsbaukommissionen, wobei seitens einiger Bürgermeister gewünscht wurde, daß eine nachsichtiger Beurteilung eintrete bei Errichtung von Laftschuppen und Brandmauern.

Der stellv. Direktor der Bezirksvertretung der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft, Seib, hielt einen belehrenden Vortrag über die Notwendigkeit und die Vorteile der Hagelversicherung. Begrüßt wurde, daß künftig auch in Baden die Obstbäume und die Rebschulen versichert werden können. Den Bürgermeistern wurde ans Herz gelegt, sich

die örtliche Krankenpflege angelegen sein zu lassen, und da, wo noch keine örtliche Krankenpflege eingerichtet ist, gegebenenfalls eine solche einzurichten. Für kleinere Verhältnisse genüge die Anstellung einer Landkrankenpflegerin. Der Geschäftsbericht der Gebäudeversicherungsanstalt für 1928 wurde einer Würdigung unterzogen und die Bürgermeister erucht, der vorsichtigen und fahrlässigen Brandstiftung in jeder geeigneten Weise entgegenzutreten, zumal der Amtsbezirk Karlsruhe zu den Bezirken gehört, in dem im Jahre 1928 die meisten Brandfälle zu verzeichnen waren.

Zum Schluß wurde auf die neuen Beweiser für den Kraftfahrzeugverkehr, die Viehtötungsapparate für die Schlachthäuser auf dem Lande und auf die Zuchtviehsteigerungen hingewiesen.

Bei der Bürgermeisterwahl in Walldürn wurde am Freitag Finanzinspektor Geier beim Finanzministerium in Karlsruhe mit 32 von 57 abgegebenen Stimmen gewählt. Der frühere Bürgermeister, Scheurich, erhielt 21 Stimmen. Vier Stimmen waren ungültig.

Vor der Bürgermeisterwahl in Offenburg. Die Amtsperiode des Oberbürgermeisters Holter läuft diesen Herbst ab. Die Neuwahl soll demnächst ausgeschrieben werden.

Altbahn und Postkraftwagen. Der Ausschuss des Verkehrsvereins Ettlingen befahte sich mit der von der Stadt Karlsruhe erstellten Autohöhenlinie Baden-Baden-Freiburg-Ettlingen-Karlsruhe. Gegen die Verlängerung der jetzigen Linie Ettlingen-Wöllersbach ins Murgtal seien Einwendungen nicht zu erheben, wenn dies Projekt nicht mit neuen Ausgaben verknüpft sei. — Gegen die Verlängerung der Altbahn nach Karlsruhe hegte man schwere Bedenken, da dann ein großer Teil von der Altbahn auf die Post abzuwandern würde, so daß der Altbahn in der Hauptsache nur noch der Berufsverkehr verbleibe. Die Folge werde eine Verringerung der Zugsdichte der Altbahn sein, die schließlich lebensunfähig werden würde. Die Altbahn sei aber eine Notwendigkeit.

Der Freiburger Vorschlag 1930. Der Oberbürgermeister legte dem Stadtrat Freiburg den Vorschlagsentwurf für das Rechnungsjahr 1930 vor. Dieser schließt ab in den Einnahmen mit 14 526 000 RM gegenüber 14 457 300 RM im Rechnungsjahr 1929, in den Ausgaben mit 15 376 000 RM gegenüber 15 349 300 RM im Rechnungsjahr 1929. Die Ausgleichung erfolgt durch Einstellung eines Betrages von 850 000 RM aus Überschüssen der Vorjahre und eine mäßige Erhöhung des Straßensahntarifs zwecks Minderung des erheblichen Fehlbetrages der Straßenbahn. Die Vesteuerung des Grundvermögens, Betriebsvermögens und Gewerbevertrags soll in bisheriger Höhe beibehalten werden. Die Erledigung des Vorschlags durch den Bürgerausschuss soll wenn möglich noch vor Ostern erfolgen. Etwas durch Änderung der Reichs- und Landesgesetze nachträglich notwendig werdenden Änderungen müßte durch spätere Änderung des Vorschlags Rechnung getragen werden.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Beruf:
Die Regierungsräte Dr. Hubert Schuelenburger beim Bezirksamt Bruchsal an das Bezirksamt Rastatt, Dr. Ludwig Götz beim Bezirksamt Rastatt an das Bezirksamt Mosbach, Dr. Erwin Dahn beim Bezirksamt Sinsheim an das Bezirksamt Karlsruhe, Karl Müller im Ministerium des Innern an das Bezirksamt Mannheim, Albert Peter beim Bezirksamt Mannheim an das Bezirksamt Bruchsal, Alfons Kureus beim Bezirksamt Lörach in das Ministerium des Innern, Hans Zellenbach beim Bezirksamt Lahr an das Bezirksamt Lörach.

In den Ruhestand getreten:
Polizeihauptwachmeister Konrad Garter in Freiburg.
Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes:
Pflegeinspektor Ernst Lausche bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen.

Ministerium des Kultus und Unterrichts
Beruf in gleicher Eigenschaft:

Die Professoren Wilhelm Weingartner vom Gymnasium Tauberbischofsheim an das Gymnasium Baden-Baden, Ernst Wähler von der Helmholtz-Oberrealschule Karlsruhe an das Realgymnasium Ettlingen, Franz Stolz vom Realgymnasium Ettlingen an die Helmholtz-Oberrealschule Karlsruhe, Felix Müller von der Oberrealschule Sinsheim an die Helmholtz-Oberrealschule Karlsruhe, Dr. Emil Schlageter vom Realgymnasium Ettlingen an die Helmholtz-Oberrealschule Karlsruhe, Samuel Schlegler von der Realschule Eppingen an die Kant-Oberrealschule Karlsruhe, Karl Lamb von der Gemerbeschule I Mannheim an die Tulla-Oberrealschule Mannheim.

Ernannt zu Professoren:
Die Lehramtsassessoren: Alfons Schler am Gymnasium Tauberbischofsheim, Alfred Buchs am Realgymnasium Ettlingen, Theodor Griehhaber an der Oberrealschule Sinsheim, Wilhelmine Seiler an der Oberrealschule Rastatt, Dr. Otto Biebler an der Oberrealschule Schwetzingen, Georg Schmieder an der Realschule Trieburg.

Zur Ruhe gesetzt:
Hauptlehrer Joseph Höpfer in Karlsruhe bis zur Wiederherstellung der Gesundheit.

Kraft Gesetzes tritt in den dauernden Ruhestand:
Oberrechnungsrat Adolf Boffert bei der Universitätskassendirektion auf 1. Mai 1930; Hauptlehrer Ludwig Gomer in Mannheim auf 1. Juni 1930; Professor Franz Heilig an der Neuburg-Oberrealschule in Freiburg i. Br. auf 1. Juni 1930; Handarbeitslehrerin Marie Kramer in Neustadt auf 1. Juni 1930; Hauptlehrer Julius Straub in Radolfzell, Amt Konstanz, auf 1. Juni 1930.

Öffentliche Verbandspartasse Langenbrüden

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	14 390,30	1. Spareinlagen	858 584,88
2. Postgeld und Reichsbankguthaben	3 713,46	2. Aufwertungs-spareinlagen	195 745,45
3. Guthaben bei der Bad. Kom. Landesbank	33 653,16	3. Giroeinlagen	111 910,89
4. Betriebskapital bei der Bad. Kom. Landesbank	21 700,—	4. Anlehens- und andere Schulden	9 325,68
5. Wechsel	17 553,36	5. Rücklagen:	
6. Darlehen a. Hypotheken	557 563,48	a) Aufwertungsrücklage	40 000,—
7. " " Schuldchein	218 478,58	b) von früheren Jahren	23 578,49
8. " " an Gemeinden	8 500,—	c) Reingewinn 1929	5 253,60
9. " in lfd. Rechnung an Private	153 062,09		
10. Aufwertungs-forderungen	103 582,37		
11. Aufwertungs-verrechnungskonto	92 163,08		
12. Einnahmerückstände	20 035,11		
13. Gerätschaften	1,—		
	1 244 398,99		1 244 398,99

Berechnung der Rücklage.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 970 495,77 RM = 48 524,79 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 . . . 28 832,09 RM
Somit weniger . . . 19 692,66 RM

Langenbrüden, den 20. Februar 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Ruhn, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Diggelher.

Öffentliche Sparkasse Schonach

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
Kasse	5 339,04	Spareinlagen	405 247,29
Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postgeld	2 596,61	Aufwertungs-spareinlagen	66 023,40
Wechsel	7 380,34	Giro- und Kontokorrent-einlagen	83 537,90
Darlehen auf Hypotheken	343 231,32	Sonstige Schulden	6 719,77
Darlehen in lfd. Rechnung an Private	63 603,13	Anlehensschulden	25 786,—
Darlehen auf Schuldcheine	23 971,95	Aufwertungsabrechnungs-konto	5 992,38
Darlehen an Gemeinde und Körperschaft	64 819,—	Rücklage	6 965,89
Aufwertungs-forderungen	58 703,17	Reingewinn	4 134,22
Einnahmerückstände	6 762,29		
Grundstücke	25 000,—		
Gerätschaften	3 000,—		
	604 406,85		604 406,85

Nach Zuweisung des Gewinnes für 1929 beträgt die Rücklage 11 100,11 RM
diese soll betragen 5% aus 488 785,19 RM . . . 24 439,25 RM
Wohin zu wenig . . . 13 339,14 RM

Schonach, den 21. Februar 1930.

Der Verwaltungsrat: R. Kuner, Vorsitzender.
Der Geschäftsleiter: Rothweiler.

Öffentliche Verbandspartasse Stodach

Bilanz auf 31. Dezember 1929

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	24 124,56	1. Spareinlagen	2 565 254,27
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Post-scheidamt	113 088,87	2. Aufwertungs-spareinlagen	1 102 896,56
3. Wertpapiere	46 900,—	3. Giro- u. Kontokorrent-einlagen	152 377,39
4. Wechsel	41 679,81	4. Anlehens- und andere Schulden	6 473,10
5. Darlehen auf Hypotheken	1 739 584,30	5. Ausgaberrückstände	—
6. Grundstückskaufgelder	125 593,40	6. Rücklagen	
7. Darlehen in laufender Rechnung an Private	265 072,24	(gef. Ref.-Fonds)	135 881,58
8. Darlehen auf Schuld-schein	218 909,40	7. Überschuss (Sonderrück-lage für Aufwertung	14 762,98
9. Darlehen an Gemein-den und Körperschaften	488 635,—		
10. Aufwertungs-forderungen	554 830,08		
11. Zuschußforderung an die bürgerlichen Gemein-den aus Aufwertung	344 874,99		
12. Einnahmerückstände	14 351,23		
13. Grundstücke und Ge-bäude	1,—		
14. Gerätschaften	1,—		
	3 977 645,88		3 977 645,88

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 2 717 631,66 RM Einlagen = 135 881,58 RM
Das Reinerwerb beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 150 644,56 RM
Somit mehr . . . 14 762,98 RM

Stodach, den 25. Februar 1930.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Lang.
Der Geschäftsleiter: Sorg.

Kommundarlehnen

vermittelt unter günstigen Bedingungen
JOSEPH LIEBMANN
Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Möbel

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke

Maier Weinheimer

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Karlsruhe Zahlungs-erleichterung, Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise 114

Freihändiger Radelmühlholzwertauf.

Forstamt Rixzarten bei Freiburg i. Br.: Freitag, den 14. März 1930, vorm. 11 Uhr: 4600 fm aller Klassen. Los-verzeichnisse durchs Forst-amt. (Tel. 40.) Q. 234

Güterrechtsregister.

Karlsruhe. Q. 230
Güterrechtsregister-einträge.
1. Zu Band I Seite 365: Heide, Friedrich, Kraftfahrer, Dagsfeld u. Ella Frieda geb. Wolf. Vertrag vom 19. Dez. 1929. Ertragsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 27. II. 30.
2. Seite 366: Dräcker, Paul, Bädermeister, Karlsruhe und Marie geb. Angenstein. Vertrag vom 13. Febr. 1930. Ertragsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 28. II. 30.
Amtsgericht Karlsruhe.



Badisches Landes-theater

Mittwoch, 5. März 1930

Volkshöhne 3

Kolonie Hund

Schauspiel in 9 Bildern von Friedrich Wolf

Regie: Baumbach

Mitwirkende:

Bertram, Genter, Rademacher, Schreiner, Janz, Brand, Dahlen, Gemmeke, Graf, Herz, Höder, O. Kienischer, Maehle, Landgrebe, Rehner, Müller, Prüter, Schulze, u. d. Trend, Geier, H. Kienischer, Lindemann.

Anfang 19¹/₂, Ende 22¹/₂

Freie A (0,70—5 RM)

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Donnerstag, 6. März: Cöpingen, Fr. 7. März: Der Waffenschmied.

Sa., 8. März: Zum erstenmal: Die Affäre Dreifus.

So., 9. März: Die Meisterfinger von Nürnberg.

Im Stangerthaus: Rater Lampe. Mo., 10. März: 7. Sinfoniekonzert.

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr

Wilhelm Millowitsch

Man lacht Tränen!

Inseneren bringt Gewinn!